Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn

Der Gini-Koeffizient als Verteilungsmaß

1. UNO: Human development indicators

Im Rahmen der Beobachtung und Kommentierung der weltweiten Entwicklungstrends veröffentlicht die UNO in den „Human Development Reports" neben einer Vielzahl anderer Indikatoren auch einen Gini-Index1 zur Darstellung der Verteilungsungleichheit in den einzelnen Ländern. Grundlage sind Haushaltsbefragungen; aus den Angaben für die Haushalte werden durch Division durch die Personenzahl ungewichtete Pro-Kopf-Werte gebildet. Allerdings gibt es kein einheitliches Erhebungsschema, es werden sowohl Einkommensgrößen (in der Regel für die höher entwickelten Länder) als auch Verbrauchsgrößen (für die Entwicklungsländer) verwendet. Auch wie das Einkommen genau abgegrenzt ist, variiert von Land zu Land. Die UNO schreibt in den Erläuterungen zur Tabelle: „Because the underlying household surveys differ in method and in the type of data collected, the distribution data are not strictly comparable across countries."

Vor diesem Hintergrund sind die in Abbildung 1 dargestellten Ergebnisse vorsichtig zu interpretieren. Hinzu kommt, dass die Daten nicht sehr aktuell sind. In der Regel liegen die Erhebungen rund zehn Jahre zurück, in manchen Ländern auch über 15 Jahre. Für die G-7-Staaten ist der jeweilige Datenstand in Klammern vermerkt.

Nach Japan (24,9, erhoben im Jahr 1993) hat von den großen Industrieländern Deutschland mit 28,3 (Datenstand von 2000) den niedrigsten Gini-Index. Die Einkommensverteilung ist also hierzulande deutlich gleichmäßiger als in den USA mit einem Gini-Index von 40,8 (Jahr 2000), sowie mit jeweils 36,0 in Italien (2000) und dem Vereinigten Königreich (1999).

2. Deutschland: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

In Deutschland ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die umfassendste Statistik zur Erfassung der Einkommen der privaten Haushalte. Sie wird alle fünf Jahre durchgeführt, ausgewertet ist zurzeit die Erhebung aus dem Jahr 2003. Basis für die Darstellung der Einkommensverteilung ist das Nettoeinkommen der Haushalte.

Anhand der Ergebnisse dieser Erhebung soll beispielhaft die Bestimmung des Gini-Koeffizienten gezeigt werden. Im Jahr 2003 war in Deutschland das Haushaltsnettoeinkommen so verteilt, dass die 10 % einkommensschwächsten Haushalte (so genanntes 1. Dezil) 2,7 % zum gesamten Nettoeinkommen beitrugen, die untere Hälfte der Haushalte 25,9 % (1. bis 5. Dezil) und die einkommensstärksten 10 % der Haushalte (10. Dezil) 25,0 % (vgl. Tabelle 1).

Diese Verteilungsfunktion (so genannte Lorenzkurve) ist in Abbildung 2 dargestellt.

Wird die tatsächliche Verteilungskurve mit der Kurve einer Gleichverteilung verglichen, also der Diagonalen vom Punkt (0;0) zum Punkt (100;100) in dem gezeichneten Quadrat (vgl. Abbildung 3), so lässt sich der Gini-Koeffizient ermitteln.

Er entspricht dem Verhältnis der dunklen schraffierten Fläche[2] zur gesamten schraffierten Fläche in Abbildung 3 und beträgt in diesem Beispiel 0,344. Dieser Wert ist deutlich höher als der oben genannte von 0,283. Dies liegt wohl in erster Linie daran, dass hier Haushaltseinkommen und keine individuellen Einkommen betrachtet werden.

Wichtig bei der Interpretation des Gini-Koeffizienten für verschiedene Zeitpunkte bzw. Länder ist, dass ein und derselbe Gini-Wert mit verschiedenen Verläufen der Lorenzkurve einhergehen kann. So ergibt eine Verteilungskurve, die aus der Spiegelung der beobachteten Verteilungskurve – an der Diagonalen, die die Punkte (0;100) und (100;0) (vgl. Abbildung 3) verbindet – hervorgeht, den gleichen Gini-Koeffizienten. Dieser ist also kein eindeutiges Maß für die Konzentration.

[1] Der Gini-Koeffizient (oder auch Gini-Index) ist ein statistisches Maß zur Messung der Konzentration. Er kommt in der Volkswirtschaftslehre insbesondere bei der Darstellung und Analyse von Einkommens- und Vermögensverteilungen, aber auch bei der Messung der Anbieterkonzentration in Märkten (Stichworte: Marktmacht, Monopol) zum Einsatz. Der Wert kann zwischen 0 und 1 (bzw. 0% und 100%) betragen. Ein Wert von 0 kennzeichnet eine vollkommene Gleichverteilung, je größer der Gini-Koeffizient ist, desto ungleicher ist die Verteilung.

[2] Durch die Gruppierung in Dezile ist die richtige Verteilung hier nur näherungsweise dargestellt, die wirkliche Verteilungskurve verläuft (wegen der strikten Sortierung nach der Größe) unterhalb der eingezeichneten Verbindungsgeraden der jeweiligen Datenpunkte.

Gini-Index in hochentwickelten Ländern

Abb. 1

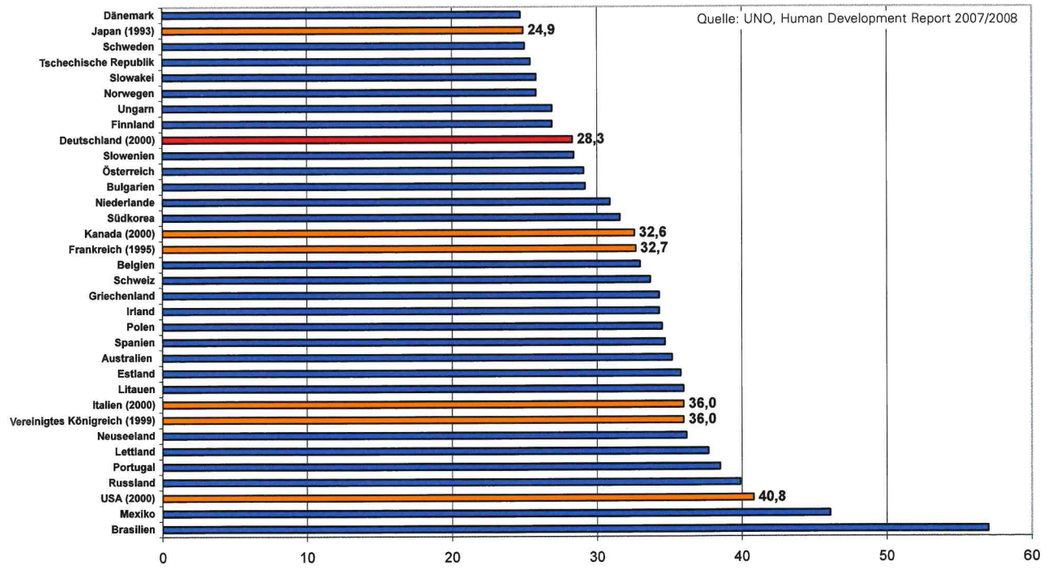


Tabelle 1

Einkommensverteilung in Deutschland 2003		
Anteil (in %) der privaten Haushalte an allen privaten Haushalten (nach aufsteigendem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen)	10	2,7
	20	6,7
	30	11,8
	40	18,2
	50	25,9
	60	35,1
	70	46,0
	80	58,9
	90	75,0
	100	100,0

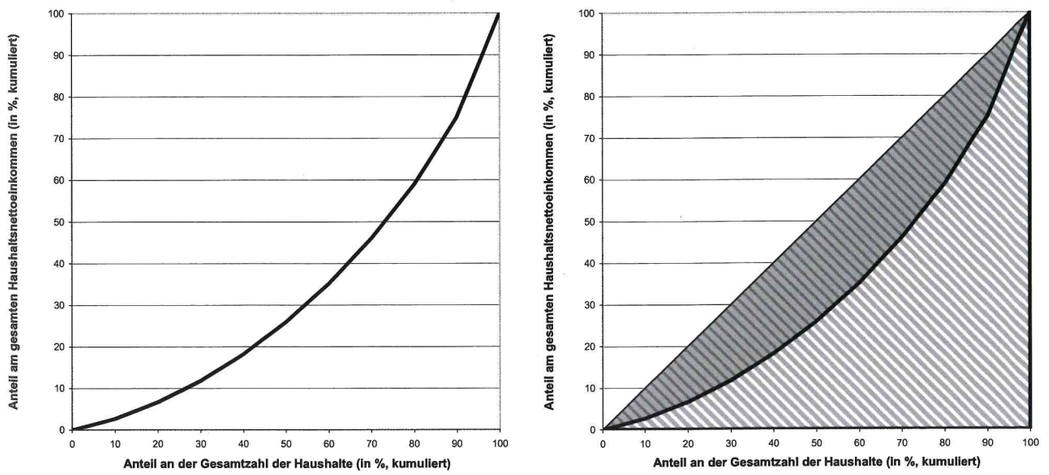
Anteil (in %) am gesamten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Abb. 2

Verteilungsdezile (Haushaltsnettoeinkommen) in Deutschland 2003

Abb. 3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Heft 6

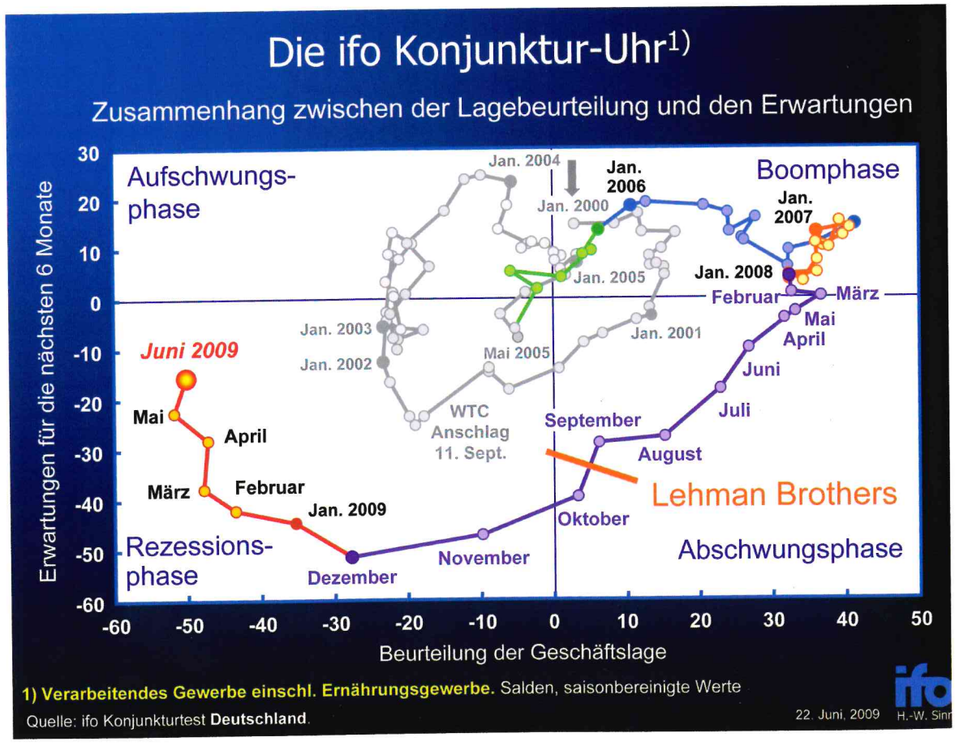


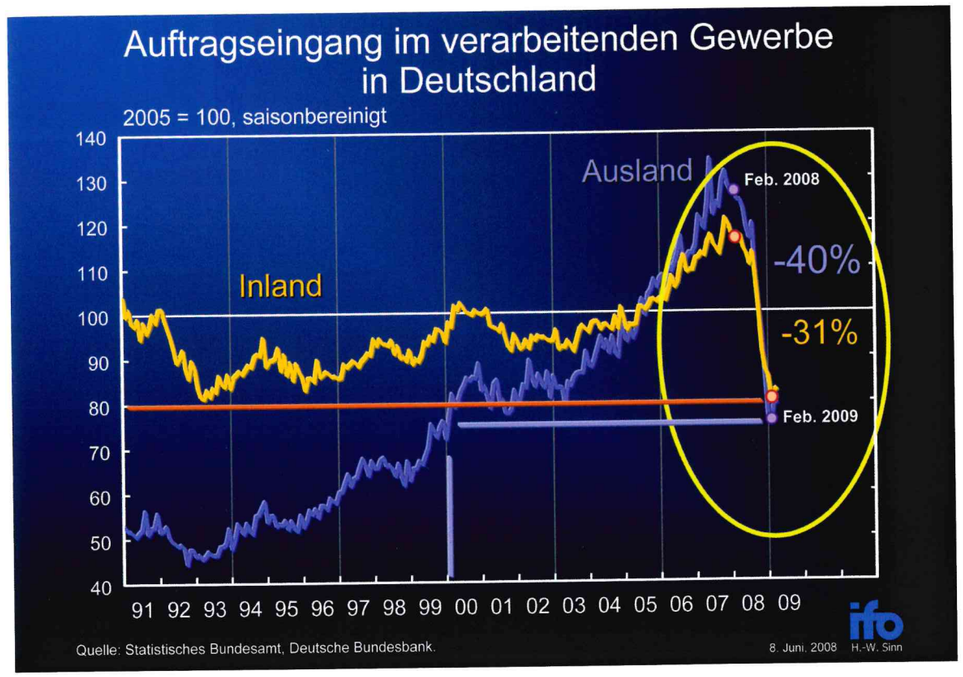
III. Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise

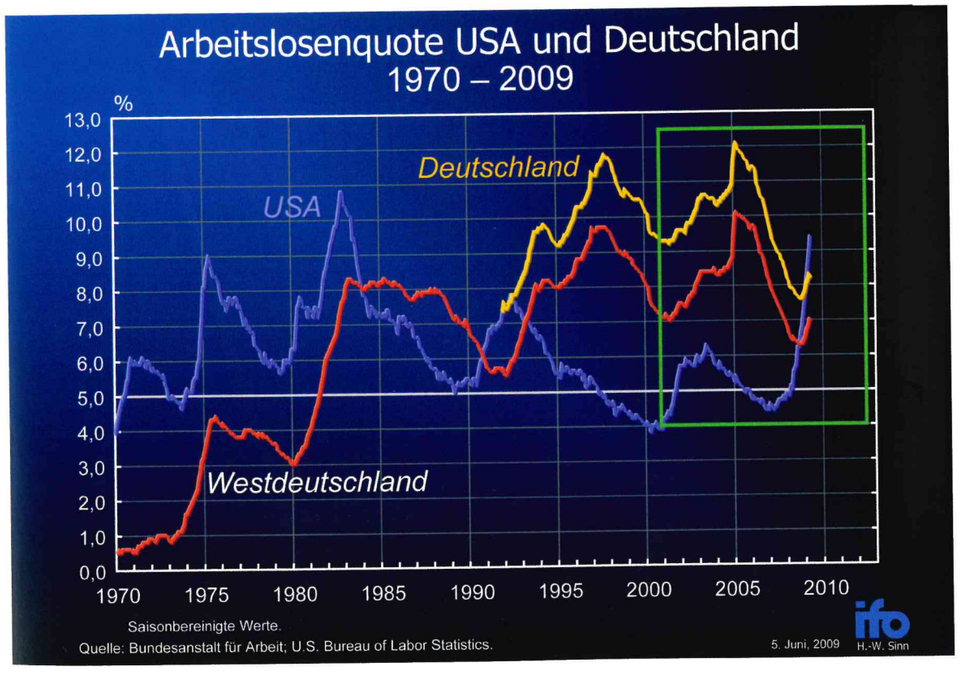
Prof. Dr. Dr.hc. Hans-Werner Sinn

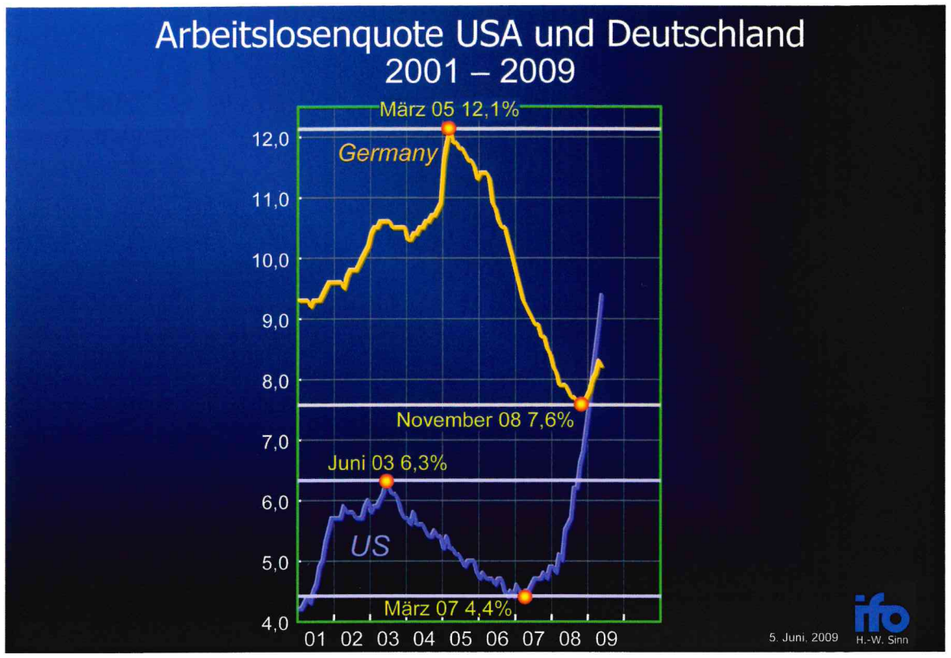
Die Wirtschafts- und Finanzkrise

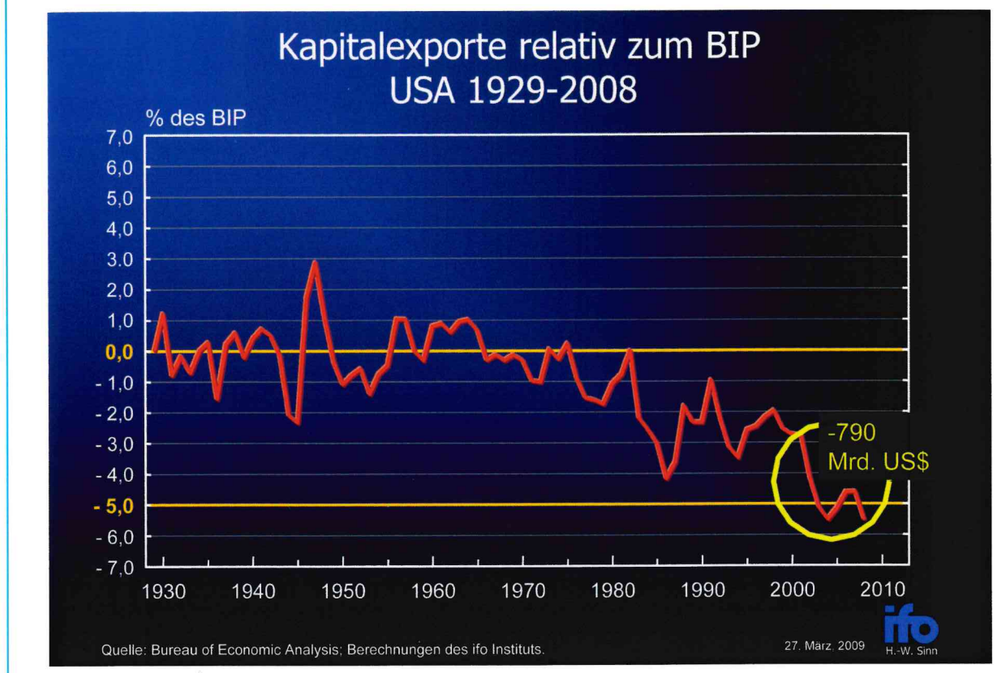
Wie Deutschland von der Krise erfasst wird



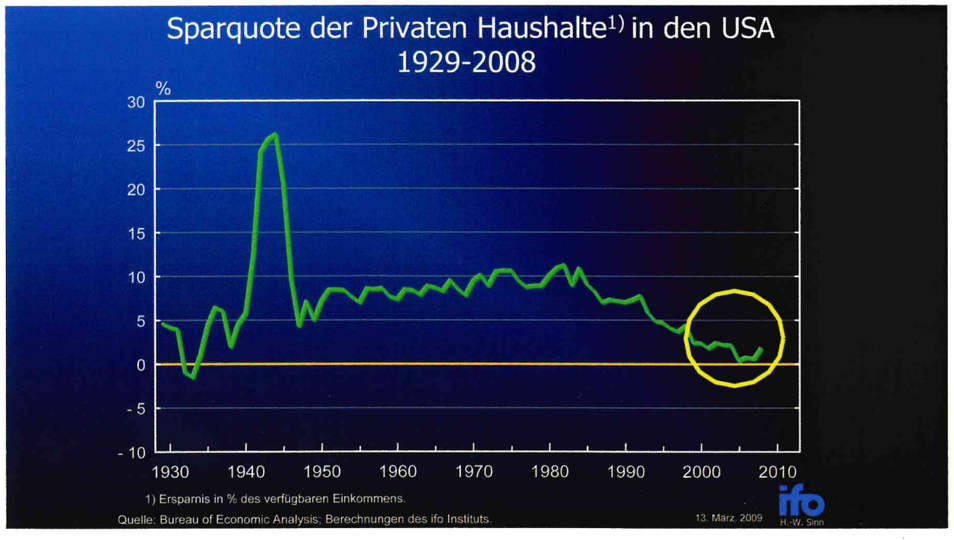








Die Ursprünge der Krise



Die Rolle der regressfreien Kredite

Die zweifelhafte Rolle der Banken

Exkurs: Hauspreisentwicklung in den USA

IMMOBILIENAKADEMIE
International Real Estate Business School
Universität Regensburg

Get a home loan and buy a new car...

NEED MORE CASH?
USE YOUR HOME!

LoanWeb.com

- ✓ Consolidate Your Credit Card Debt
- ✓ Lower Your Monthly Payments
- ✓ Borrow Up To 125% of Your Home's Value
- ✓ No Initial Credit Check
- ✓ Receive a FREE NO-Obligation Quote
- ✓ *Current Refinance Rates* also available

START HERE and see a list of up to 4 lenders FAST and FREE!

Loan Type: SELECT
Area Code: State:
Begin

Refinance • Home Equity • Home Improvement • Debt Consolidation • New Home

Reuters, 14.07.2007

Warum haben die Banken die Kredite vergeben?

Haftungsbeschränkung und Glücksrittertum an der Wall Street

- Unterkapitalisierung
- Übermäßige Risikoneigung

Boni und Mali:

Nicht die Entlohnungssysteme der Manager, sondern die Entlohnungssysteme der Aktionäre sind das Problem.

Rechtsanspruch auf Kredite:

Community Reinvestment Act 1977/1994

Heiße Kartoffeln

- Mortgage Backed Securities (MBS)
- Collateralized Debt Obligations (CDO)

Zweifelhafte Rolle der Rating-Agenturen

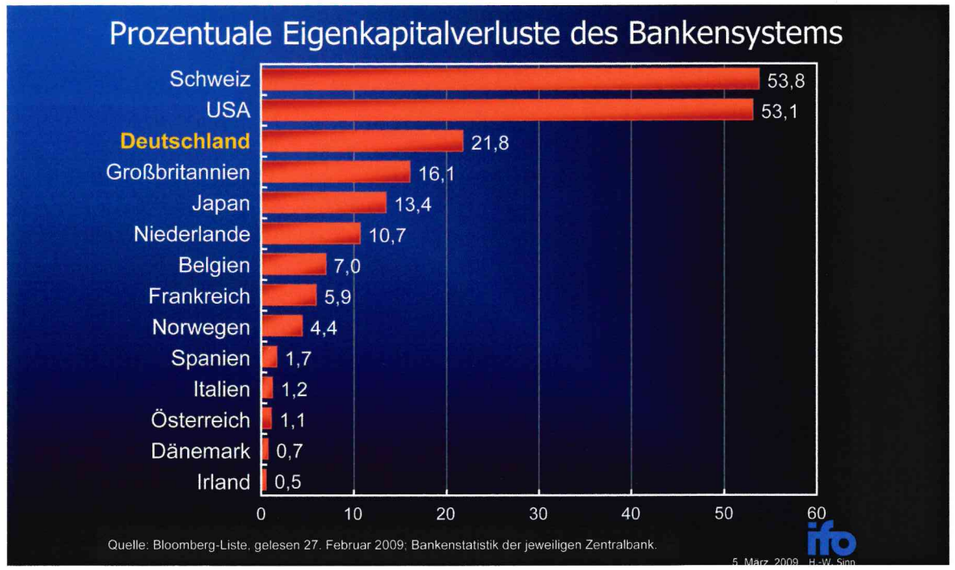
Ratings der US-Investmentbanken 2007

	Standard & Poors long	Moody's long
Bear Stearns †	A	A2
Goldman Sachs	AA-	Aa3
Lehman Brothers †	A+	A1
Merrill Lynch †	A+	A1

Quelle: Verschiedene Geschäftsberichte 2007; Morgan Stanley veröffentlicht keine Ratings.

ifo H.-W. Sinn

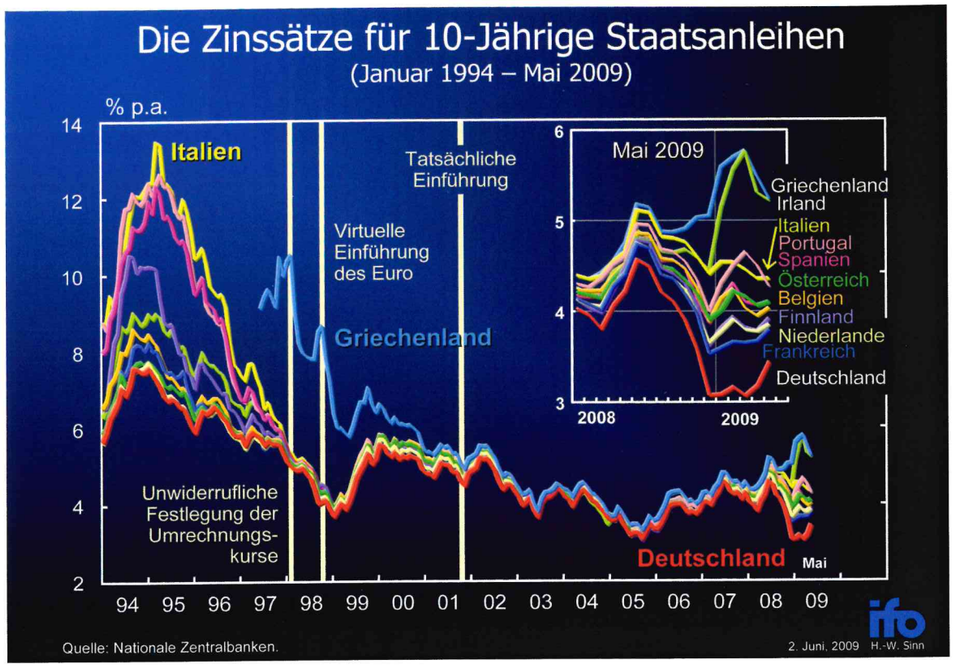
Die verbleibenden Risiken



Bloomberg-Ist (Februar):
1,12 Billionen Dollar

IWF-Prognose (April):
4,05 Billionen Dollar

Länderrisiken:
Island, Irland, Ungarn,
Griechenland,
baltische Länder, Italien



Notwendige Politikmaßnahmen

- Staatsbeteiligung an den Banken
- Basel II mit neuen Risikogewichten
- Conduits und andere Offshore-Aktivitäten bilanzieren
- Wesentlich höhere Eigenkapitalanforderungen
- Internationale Harmonisierung der Bankenregulierung
- Niederstwertprinzip ins IFRS

ifo H.-W. Sinn

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn

Die Aufgaben des Staates in der Marktwirtschaft

I)
Grundsätzliches zur Rolle des Staates

Der Staat ist das notwendige Komplement der Marktwirtschaft.

A) Zum einen muss er mit Hilfe eines Ordnungsrahmens in Form der Gesetze die Spielregeln für den Markt setzen.

B) Zum anderen muss er aktiv in den Wirtschaftablauf eingreifen, um unbefriedigende Marktergebnisse zu korrigieren.

Beides erfordert Augenmaß und Begründungen, die jenseits bloßer politischer Wunschvorstellungen liegen.

A) Zum Ordnungsrahmen

Zum Ordnungsrahmen gehören die meisten Gesetze und Verordnungen, insbesondere das bürgerliche Gesetzbuch, das Strafgesetzbuch und das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Dort wird der Schutz des Eigentums spezifiziert, und es wird festgelegt, unter welchen Bedingungen der Tausch von Eigentum möglich ist. Der staatliche Ordnungsrahmen gehört zur Marktwirtschaft wie die Spielregeln zum Fußballspiel. Ein schlechter Ordnungsrahmen macht es möglich, dass sich der Eigennutz des Einzelnen zu Lasten anderer Menschen austoben kann. Ein guter Ordnungsrahmen kanalisiert den Eigennutz der Menschen hingegen so, dass er sich produktiv entfaltet. Er macht die Marktwirtschaft zu einer Friedensordnung. Ohne den Schutz des Eigentums und Regeln für den Kauf und Verkauf von Eigentum ist der Raub das Mittel, zu Wohlstand zu kommen. Mit diesem Schutz tritt der Fleiß an die Stelle des Raubes.

Die Marktwirtschaft kann sich innerhalb ihres Ordnungsrahmens bewegen und findet dabei in der Regel effiziente Lösungen für wirtschaftliche Entscheidungsprobleme. Doch kann sie den Ordnungsrahmen nicht selbst setzen. Sie kann den Wirtschaftsprozess lenken, aber sie kann sich nicht selbst regulieren. Das ist die Grunderkenntnis des Ordo- oder auch Neoliberalismus, nach der Ludwig Erhard zusammen mit seinem Staatssekretär Prof. Müller-Armack die Nachkriegsordnung der Bundesrepublik geschaffen hat.

Das Erfolgsgeheimnis der Marktwirtschaft liegt im Erwerbsmotiv und in der Konkurrenz. Beide Aspekte lassen Millionen von wirtschaftlichen Entscheidungsträgern auf harmonische Weise in der arbeitsteiligen Wirtschaft so zusammenwirken, als wären sie von einer unsichtbaren Hand gesteuert, um Versorgungsengpässe zu vermeiden und den Wohlstand der Menschen möglichst rasch und umfassend zu mehren.

Die Zentralverwaltungswirtschaft sozialistischer Prägung hat vergeblich versucht, die unsichtbare Hand des Marktes durch die sichtbare Hand eines Zentralplaners zu ersetzen. Das Resultat war Chaos, Armut und Gewaltherrschaft. Wo das Erwerbsmotiv als Ansporn für die Menschen fehlte, musste der Zwang des Polizeistaates an seine Stelle treten, um Hungersnöte zu vermeiden. Während die Marktwirtschaft die Freiheit des Einzelnen impliziert, führt die sozialistische Planwirtschaft zwangsläufig zum Staatsterror.

Ihre Dynamik erhält die Marktwirtschaft durch den Wettbewerb. Der Wettbewerb ist ein Entdeckungsverfahren, das es der Marktwirtschaft erlaubt, flexibel auf eine Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu reagieren. Außerdem findet der Wettbewerb die kostengünstigsten Lösungen für die Versorgung der Bevölkerung und schafft damit den Spielraum für die Akkumulation von Kapital und wirtschaftliches Wachstum. Gefährdet wird der Erfolg der Marktwirtschaft, wenn Unternehmen entstehen, die so groß sind, dass sie eine marktbeherrschende Stellung einnehmen und sich Gewinne nicht durch gute Produkte, sondern überhöhte und vor Konkurrenz geschützte Preise erzielen. Ähnliche Gefahren drohen, wenn sich Handwerker zu Zünften zusammenschließen, die Politik das Angebot von Agrarprodukten beschränkt oder Gewerkschaften die Arbeitnehmer ganzer Branchen zu Lohnkartellen zusammenfassen. Dann entstehen Stagnation und Arbeitslosigkeit, die das gesamte Gemeinwesen herunterziehen. Funktionsfähig ist die Marktwirtschaft nur, wenn es einen Preis- und Lohnwettbewerb gibt. Dem Wettbewerbs- und Kartellrecht kommt deshalb eine zentrale Bedeutung in der Marktwirtschaft zu.

B) Staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf

Der Staat kann sich freilich nicht darauf beschränken, den Ordnungsrahmen zu setzen, denn auch ein guter Ordnungsrahmen ist überfordert, wenn es darum geht,

(1) sozialen Schutz und eine gleichmäßige Einkommensverteilung sicherzustellen,
(2) die Wirtschaft im Konjunkturverlauf zu stabilisieren,
(3) die Umwelt zu schützen und
(4) die öffentliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Im Einzelnen lässt sich dies so begründen.

(1) Verteilungs- und Sozialpolitik

Die Entlohnung für die menschliche Leistung richtet sich in der Marktwirtschaft nach dem Prinzip der Knappheit. Je weniger Menschen für eine bestimmte Arbeit zur Verfügung stehen, desto höher ist der Lohn, den sie erzielen. Das ist effizient, aber nicht gerecht. Um dem Ziel der Gerechtigkeit näher zu kommen, als der Markt es vermag, bedient sich der Staat eines Steuersystems, das den Reichen stärker zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben in Anspruch nimmt als die Armen. Ja, er gestaltet sein Steuersystem sogar progressiv in dem Sinne, dass der Anteil des Einkommens, der für allgemeine Zwecke des Staates abzutreten ist, bei Reichen höher als bei Armen ist. 48 % der Erwachsenen in Deutschland zahlen sogar gar keine Einkommenssteuer. Mit dieser Asymmetrie ist eine erhebliche Umverteilung des Lebensstandards verbunden, leider nicht immer nur von den Reichen zu den Armen.

Der Nachteil der Umverteilung liegt in der Abschwächung der Leistungsanreize. Die Steuerzahler versuchen, der Steuerlast auszuweichen, indem sie weniger arbeiten oder ihre wirtschaftlichen Aktivitäten ins Ausland verlagern. Und für die Nettoempfänger der staatlichen Leistungen bestehen Anreize, sich auf diese Leistungen zu verlassen, anstatt ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Deswegen steht die Politik stets vor der schwierigen Aufgabe, im Zielkonflikt zwischen der Höhe des Wohlstands und der Gleichmäßigkeit seiner Verteilung eine Kompromisslösung zu finden.

Reduziert ist dieser Zielkonflikt, wenn sich der Staat reiner Versicherungslösungen bedient, weil dann der Versicherungsschutz durch die Beiträge erkauft wird. Die Kranken-, Renten-, Arbeitslosen-, Unfall- und Pflegeversicherung stellen die Eckpfeiler eines umfassenden staatlichen Versicherungssystems dar, die zum Teil schon von Bismarck geschaffen wurden und der deutschen Gesellschaft ein hohes Maß an Stabilität und sozialer Kohärenz gebracht haben. Im Laufe der Zeit haben sich allerdings die einzelnen Zweige der Sozialversicherung wieder etwas vom Versicherungsgedanken gelöst, indem sie verstärkt auch Umverteilungselemente in sich aufgenommen haben, die den Zielkonflikt von neuem haben aufleben lassen.

Besonders problematische Auswirkungen hatte die staatliche Sozialhilfe, die ein Mindesteinkommen garantierte, welches auch erwerbsfähigen Personen unabhängig von eigenen Beiträgen zur Verfügung stand. Da die Sozialhilfe bei der Aufnahme einer Arbeit entzogen wurde, hatte sie Mindestlohnanforderungen begründet, die bisweilen über der Produktivität der verfügbaren Arbeitsplätze lagen und deshalb Arbeitslosigkeit erzeugten. Deutschland wurde dadurch zum Weltmeister bei der Arbeitslosenquote der gering Qualifizierten. Mit dem Ersatz der Sozialhilfe durch das Arbeitslosengeld II wurde dann allerdings ein gradueller Wechsel von einem Lohnersatzsystem zu einem Lohnzuschusssystem vollzogen, und es gelang, einen neuen Arbeitsmarkt im Niedriglohnsegment zu schaffen. Vielen Menschen, die sonst arbeitslos geblieben wären, konnten auf diese Weise Arbeitsstellen gegeben werden. Allein Westdeutschland hat im letzten Boom etwa eine Million mehr Arbeitsplätze aufgebaut, als es allein aufgrund der Konjunkturlage zu erwarten gewesen wäre. Gleichzeitig haben die Lohnzuschüsse die Armutsgefährdung wirksamer reduziert, als es die Sozialhilfe je vermocht hätte, weil sie das Einkommen der betroffenen Bevölkerungskreise deutlich über die Sozialhilfe (und das Hartz-IV-Niveau bei Arbeitslosigkeit) hinaus erhöht haben.

Die aktivierende Sozialpolitik, für die mit der Agenda 2010 ein Grundstein gelegt wurde, ist ein Stück menschenwürdiger Sozialpolitik, weil durch die Bezuschussung des Menschen in der Arbeit vielen Menschen der Weg zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft gewiesen wird. Sozialhilfekarrieren, die sich bisweilen schon über Generationen erstreckt haben, werden damit wirksam unterbrochen.

(2) Stabilisierungspolitik

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Marktwirtschaft verläuft niemals gleichmäßig, sondern zyklisch. Die Wirtschaft bewegt sich im ständigen Auf und Ab, wobei sich Wellen mit kurzen und langen Frequenzen durchmischen. Der Grund dafür liegt vor allem im Investitionszyklus. Die Firmen planen ihre Kapazitäten nach der erwarteten Absatzentwicklung. Deswegen übertragen sich veränderte Erwartungen auf die Investitionen. Investitionen sind aber ein wesentlicher Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Ändern sie sich, dann ändern sich auch die Erwartungen der Investitionsgüterproduzenten, und diese Produzenten verändern ihre Käufe von anderen Investitionsgütern, die sie wiederum für ihre Produktion benötigen. Auf diese Weise entstehen Rückkopplungseffekte, die sich wechselseitig verstärken und wieder abschwächen, was die Konjunktur erzeugt. Das Phänomen gleicht den Stockungen des Verkehrs auf einer dicht befahrenen Autobahn. Tritt irgendjemand auf die Bremse, bremst sein Hintermann umso stärker, was dessen Hintermann ebenfalls zu hektischen Reaktionen veranlasst und so fort. Manchmal kommt der Verkehr sogar zum Stillstand, ohne dass ein Hindernis erkennbar ist.

Zur Verstetigung des Wirtschaftsablaufs kann die Notenbank die Zinsen herauf- und herabsetzen, und der Staat kann Schulden machen und Schulden tilgen. Zinssenkungen beleben die Konjunktur, weil mehr Investitionsprojekte rentabel werden, was einer Verschlechterung der Absatzerwartungen entgegenwirken kann. Allerdings können die Zinsen nur bis auf Null gesenkt werden. Sind sie da angekommen, was in den USA schon der Fall ist, hat die Notenbank ihr Pulver verschossen. Die Verschuldung des Staates bleibt indes auch in diesem Fall ein wirksames Instrument zur Konjunkturbelebung. Wenn die Investoren das Geld, das die Sparer bereitstellen, nicht abrufen, kann es der Staat an ihrer Stelle tun. Er kann damit Investitionsgüter zur Verbesserung der Infrastruktur kaufen, also Brücken, Straßen oder öffentliche Gebäude errichten lassen. Oder er kann das Geld verwenden, um die Einkommen der Bürger zu stärken, indem er seine Sozialtransfers erhöht oder seine Steuern senkt, natürlich in der Hoffnung, dass die Bürger dann wenigstens einen Teil davon für den Kauf von Konsumgütern verwenden.

Die Staatsverschuldung kommt in der wirtschaftlichen Flaute von allein zustande, weil die Steuereinnahmen wegbrechen. Schon das stabilisiert die Konjunktur in erheblichem Maße. Der Staat kann die genannten Maßnahmen aber zusätzlich ergreifen, wenn er eine noch höhere Stabilisierungswirkung entfalten will. Diese zusätzlichen Maßnahmen sind das Kennzeichen keynesianischer Konjunkturpolitik.

Das Gegenstück zur Verschuldung in der Flaute muss aber die Bildung von Budgetüberschüssen im Wirtschaftaufschwung sein, denn sonst vergrößert sich die Staatsverschuldung im Zeitablauf immer mehr. Doch da hapert es meistens. Der Politik fällt es zwar leicht, neue Schulden zu Lasten zukünftiger Wähler zu machen, die heute noch nicht an der Wahlurne stehen, doch tut sie sich schwer damit, die Schulden im Aufschwung zurückzuzahlen. So hat es Deutschland im vergangenen Aufschwung zwar geschafft, die Nettoneuverschuldung fast bis auf Null zu reduzieren, von einer Schuldentilgung war aber nie die Rede. Skeptische Ökonomen nehmen diese Asymmetrie in der staatlichen Konjunkturpolitik zum Anlass, auch vor der Staatsverschuldung zu warnen.

Die heutige Krise der Weltwirtschaft hat freilich so dramatische Ausmaße angenommen, dass diese Stimmen weitgehend verstummt sind. Es ist heute allgemeiner Konsens, dass die Schwere dieser Krise neue Staatsschulden verlangt, um Abstürze der Wirtschaft wie in der Zeit von 1928 bis 1933 zu verhindern.

(3) Umweltpolitik

Dem Markt gelingt es, aus der verfügbaren Menge an natürlichen Produktionsfaktoren, die einem Land zur Verfügung stehen, ein Maximum an Wohlstand zu gewinnen, weil er auf dem Kompensationstest basiert. Der Kompensationstest wird von den Unternehmen durchgeführt, die ihren Gewinn zu maximieren trachten. Die Unternehmen produzieren nämlich nur solche Güter, für die die Nutznießer mehr zu zahlen bereit sind, als den mit der Produktion beschäftigten Menschen als Kompensation für die Bereitstellung der Produktionsfaktoren gezahlt werden muss. Die Arbeit erhält einen Lohn, das Kapital einen Zins, der Boden eine Pacht, und die Bodenschätze einen Preis. All diese Kompensationszahlungen werden durch den Wettbewerb bestimmt und messen den ökonomischen Vorteil, den die jeweiligen Produktionsfaktoren an anderer Stelle der Wirtschaft hätten erzeugen können. Deshalb sorgt der Kompensationstest im Allgemeinen dafür, dass die in einer Volkswirtschaft vorhandenen Produktionsfaktoren einer bestmöglichen Verwendung zugeführt werden.

Eine Ausnahme von dieser Regel liegt freilich vor, wenn es Vor- und Nachteile der Produktion eines Gutes gibt, die in den Zahlungsströmen der Unternehmen nicht auftauchen. Solche Vor- und Nachteile nennt man externe Effekte. Sie verfälschen den Kompensationstest und implizieren, dass Güter produziert werden, die weniger Nutzen stiften, als sie kosten, und die Produktion von Gütern unterlassen wird, die mehr Nutzen stiften, als sie kosten.

Der Staat hat die Aufgage, den Kompensationstest zu korrigieren. Das kann er zum einen durch umweltpolitische Auflagen im Sinne von Ge- und Verboten machen. Zum anderen kann er die Vor- bzw. Nachteile, die anderen entstehen, durch Steuern auf die entsprechenden wirtschaftlichen Aktivitäten, die den Charakter von Ersatzpreisen annehmen, in die Wirtschaftsrechnung der Firmen internalisieren, um so die privaten Entscheidungen wieder dem volkswirtschaftlichen Optimum näher zu bringen. Konkret kann er im Falle von Umweltschäden, die mit der Produktion eines Gutes verbunden sind, eine Steuer auf dieses Gut oder besser noch auf den Schadstoffausstoß selbst erheben. Die Steuer bildet die Nachteile der Allgemeinheit in ähnlicher Form ab, wie ein Marktpreis für einen Produktionsfaktor die Nachteile desjenigen widerspiegelt, der auf die anderweitige Nutzung dieses Produktionsfaktors verzichtet. Ökonomen nennen diese Steuer nach ihrem Urheber Pigou-Steuer (1920). In der deutschen Politik spricht man von Öko-Steuer.

Der Vorteil der Pigou-Steuer gegenüber staatlichen Ge- und Verboten liegt darin, dass der private Sektor die billigsten Wege zur Vermeidung des Schadstoffaustoßes finden kann, die den Wirtschaftsablauf am wenigsten beeinträchtigen. Dieses Ziel kann der Staat mit Ge- und Verboten niemals erreichen, weil er die dafür nötigen Informationen gar nicht hat. Ein Nachteil der Pigou-Steuer liegt in dem Umstand, dass die Schadstoffmenge, die die Firmen nach der Erhebung der Steuer wählen, dem Staat im Vorhinein nicht bekannt ist und insofern nicht direkt gesteuert werden kann.

Der Nachteil lässt sich durch ein System des Emissionshandels vermeiden, wie es die EU-Länder im Jahr 2005 für die Emission von Kohlendioxid eingeführt haben. In diesem System legt der Staat die Gesamtmenge der Emissionsrechte fest und erlaubt den Handel dieser Rechte zwischen den Firmen, in diesem Fall den Stromkraftwerken. Durch den Handel stellt sich ein einheitlicher Preis für die Emissionsrechte heraus, der die Firmen veranlasst, Wege zur Vermeidung des Ausstoßes von Kohlendioxid zu suchen, ähnlich wie es bei der Steuerlösung der Fall ist. Das durch die Menge der Emissionszertifikate vorgegebene Umweltziel wird auf diese Weise zu den niedrigst-möglichen Vermeidungskosten im privaten Sektor realisiert, was umgekehrt bedeutet, dass man für die Kosten, die man den Firmen zumuten möchte, ein Maximum an Umweltqualität einkauft.

(4) Öffentliche Infrastruktur

Nicht alle Güter, die wir Menschen nutzen, lassen sich aufteilen, portionieren und dann über den Markt verkaufen. Infrastrukturgüter wie Straßen, Brücken, Deiche oder allgemein zugängliche öffentliche Gebäude sind Gemeinschaftsgüter, die nicht oder nicht in richtigem Umfang von Märkten bereitgestellt werden können. Über sie muss wegen der gemeinsamen Nutzung kollektiv bestimmt, und sie müssen aus Steuermitteln finanziert werden.

Der tiefere Grund für die kostenlose öffentliche Bereitstellung liegt in dem Umstand, dass die Güter gemeinsam und ohne Rivalität von vielen genutzt werden können und dass die Kosten der Bereitstellung weitgehend unabhängig von der Nutzungsentscheidung des Einzelnen sind. Eine Semmel, die man isst, kann der Nachbar nicht auch essen. Deswegen erzeugt die individuelle Nutzung Grenzkosten beim Bäcker, der die Semmel produzieren muss. Der Bäcker verlangt einen Preis, der diese Kosten abdeckt. Anders ist es bei der Straße. Wenn sich eine Person entscheidet, sie zu befahren, kann sie eine andere dennoch befahren. Des Einen Entscheidung, sie zu befahren, zwingt niemanden, die Straße nachzuproduzieren, es entstehen keine Grenzkosten, und deshalb sollte auch kein Preis verlangt werden.

Zwar kann man auch an private Lösungen denken, bei denen eine Straßenmaut erhoben wird, aber in der Regel ist diese Lösung ineffizient, weil die Maut Nutzer mit einem geringen Vorteil aus der

Nutzung vertreibt, ohne dass davon irgendjemand einen Vorteil hätte. Auch bei der Nutzung der Semmel werden Nutzer mit einem kleinen Nutzen durch den Preis der Semmel vertrieben, doch werden dabei auch Kosten gespart, weil der Bäcker weniger arbeiten muss. Dass die Semmel einen Preis hat, die den Bäcker für seine Mühen kompensiert, ist sinnvoll, weil nur dadurch mit der Zeit des Bäckers sparsam umgegangen wird. Dass die Straßennutzung einen Preis hat, ist demgegenüber im Allgemeinen nicht sinnvoll, weil die dadurch verursachte sparsame Nutzung der Straße niemandem einen Vorteil bringt.

Eine Ausnahme liegt vor, wenn die Straße bereits so intensiv genutzt wird, dass die Autofahrer sich gegenseitig behindern. In diesem Fall ist eine Maut in Höhe des Nachteils in Form eines Zeitverlustes, den der einzelne Autofahrer bei anderen Autofahrern verursacht, angebracht. Aber wenn diese Maut richtig bemessen ist, so dass sie wirklich nur den Nachteil durch die Behinderung anderer Verkehrsteilnehmer internalisiert, reicht sie nicht aus, den Straßenbau zu finanzieren. Insofern bleibt die Bereitstellung der Straße auch in diesem Fall ein genuine Staatsaufgabe. Länder wie Italien oder Frankreich, die auf private Lösungen zur Bereitstellung von Autobahnstrecken gesetzt haben, haben sich für ineffiziente Lösungen entschieden. Die dort viel zu hoch angesetzte Straßenmaut reicht zwar aus, die Kosten zu decken, doch führt sie in der Regel zur Unternutzung der Autobahnen. Außerdem werden auf diese Weise zu wenig Autobahnstrecken gebaut, weil die Erlöse der privaten Betreiber stets weit unter den volkswirtschaftlichen Nutzwerten der Autobahnen liegen.

II)
Die Aufgaben des Staates in der aktuellen Krise

In der schweren Wirtschaftskrise, die die Welt derzeit durchlebt, ist der Staat als Retter gerufen. Er kommt seiner Stabilisierungsaufgabe mittels staatlicher Konjunkturprogramme nach, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärken. Die Krise ist entstanden, weil die Firmen der Realwirtschaft und die Banken Gelder, die ihnen zur Verfügung stehen, horten anstatt sie der Verausgabung für Kredite und Investitionen wieder zur Verfügung zu stellen. Indem der Staat sich verschuldet, nimmt er die überschüssigen Mittel auf und führt sie seinerseits dem Einkommenskreislauf wieder zu. Dadurch stabilisiert er die Wirtschaft und vermindert die realen Produktions- und Einkommensverluste, die sonst zu erwarten wären.

Wichtiger als diese Aufgabe ist freilich die Stabilisierung des Finanzsystems, denn hier liegt der Kern der Krise. Die Finanzkrise ging von Amerika aus, wo die Hausbesitzer sich überschuldet und zusammen mit ihren Banken auf steigende Hauspreise spekuliert hatten. Mit dem Zusammenbruch des Immobilienmarktes kamen die Banken in Schwierigkeiten, weil die Immobilienwerte vielfach nicht mehr ausreichten, die Schulden zu decken. Da die Schulden in Form strukturierter Wertpapiere mehrstufig verbrieft und an die Banken der ganzen Welt verkauft worden waren, waren auch die deutschen Banken von den Wertverlusten bei den amerikanischen Immobilien betroffen und mussten bis zum Februar 2009 Abschreibungsverluste tragen, die 22 % des Eigenkapitals der aggregierten Bankenbilanz entsprachen.

Allerdings scheint damit erst der kleinere Teil der insgesamt drohenden Verluste ausgewiesen zu sein. Weltweit beliefen sich die Abschreibungsverluste bis Ende Februar zwar bereits auf 1,16 Billionen Dollar, doch nach der Prognose des IWF vom April sind für die Euroländer, Großbritannien, Japan und die USA in den nächsten Jahren insgesamt 4,05 Billionen Dollar Abschreibungsverluste zu erwarten. Demnach ist erst ein kleiner Teil der Wegstrecke bis zur Überwindung der Bankenkrise zurückgelegt.

Das birgt erhebliche Gefahren für die Realwirtschaft, denn die Banken reduzieren derzeit ihre Ausleihungen in Proportion zu den realisierten und noch zu erwartenden Eigenkapitalverlusten, um die aufsichtsrechtlichen Schranken nicht zu verletzen. Das aber bedeutet eine Kreditklemme für die private Wirtschaft. Die ganze Welt steckt heute in einer gravierenden Kreditklemme, die sich laufend weiter verschärft. Auch Deutschland ist keine Ausnahme. So beklagt hierzulande bereits über die Hälfte der vom ifo Institut befragten Großunternehmen eine restriktive Kreditvergabe der Banken. Da die meisten Unternehmen in der Krise ohnehin keine Kredite benötigen, hält sich der volkswirtschaftliche Schaden durch die Kreditklemme im Moment zwar noch in Grenzen, doch steht zu befürchten, dass der nächste Aufschwung abgewürgt wird, wenn dieses Problem nicht behoben wird.

Die Bundesregierung hat ein Bad-Bank-Konzept beschlossen, um den Banken die toxischen Papiere abzukaufen. Dieses Konzept geht davon aus, dass die Banken unter einem Liquiditätsproblem leiden, das im Laufe der Zeit von allein wieder verschwindet. Aber das ist eine Illusion, denn es ist inzwischen klar geworden, dass die fraglichen Papiere durch eine institutionelle Schwindelei des amerikanischen Bankensystems entstanden sind und ihre Nennwerte nie wieder erreichen werden. Es ist abzusehen, dass die Bürgschaften, die der Staat für die Bad Banks übernimmt, den Steuerzahler teuer zu stehen kommen werden. Trotz gegenteiliger Beteuerungen mancher Politiker macht der Staat den Banken mit den Bad Banks Geschenke. Solche Geschenke füllen zwar das Eigenkapital der Banken wieder auf, aber es wäre sicherlich besser für den Steuerzahler, wenn die Eigenkapitalhilfe offen ausgewiesen und dem Staat in entsprechendem Umfang mit Aktien entgolten würde.

Großbritannien und die USA haben ihre großen Banken sogenannter Stress Tests unterworfen, die darauf hinauslaufen, ihnen hohe Eigenkapitalsicherheiten abzuverlangen. Jene Banken, die diese Sicherheiten nicht erfüllen und es auch nicht schaffen, sich das nötige Eigenkapital durch Kapitalerhöhungen und die Ausgabe neuer Aktien am Markt selbst zu besorgen, müssen den Staat temporär als Anteilseigner akzeptieren. Dieser Weg wird auch in Europa und speziell auch in Deutschland nicht zu vermeiden sein. Auch Schweden war nach der Bankenkrise vom Anfang der 1990er Jahre den Weg der Staatsbeteiligung gegangen. Es kann bei allem nicht darum gehen, den Anteil der Staatsbanken in Deutschland auszudehnen. Insofern ist vorzusehen, dass der Staat sich wieder aus den Banken zurückzieht, wenn die Krise vorüber ist. Doch bis dahin gibt es keine vertretbare Handlungsalternative.

Prof. Dr. Michael Hüther
Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn

Perspektiven tragfähiger Finanzpolitik nach der Krise

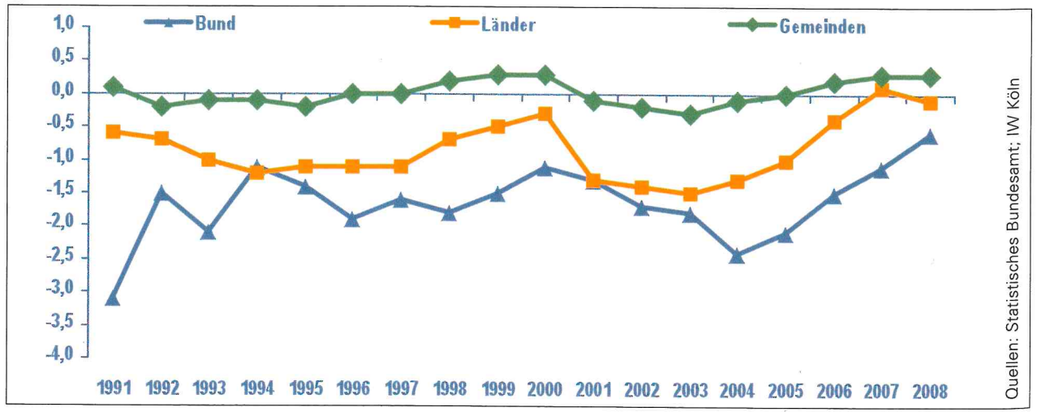
1.
Die öffentlichen Haushalte sind durch die große Krise extrem gefordert. Wirkliche Alternativen zu den haushaltsrelevanten Stützungsmaßnahmen gab es nicht. Sowohl das Finanzmarktstabilisierungsgesetz wie die Konjunkturpakete I und II sind im Grundsatz zu rechtfertigen, ohne dies auf alle Regelungen im Detail zu beziehen. Eine Vermeidung der daraus folgenden Haushaltsbelastungen war kaum möglich. Letztlich verbindet sich damit die Erwartung, eine noch längere und tiefere Krise vermeiden zu können. Zwar sind die empirischen Studien zu den Multiplikatorwirkungen expansiver Finanzpolitik keineswegs eindeutig und durchweg ermutigend, doch lassen sich darauf Hinweise für die Gestaltung ableiten. Kurzfristig wirken vor allem höhere staatliche Investitionsausgaben expansiv, mittelfristig dagegen Steuersenkungen. Daran gemessen können drei Viertel des Konjunkturpakets II als sinnvoll bewertet werden (Investitionsausgaben 18,7 Mrd. Euro, Steuererleichterungen 9,2 Mrd. Euro, Senkung der Sozialversicherungsbeiträge 9,5 Mrd. Euro).

Hinsichtlich der zum Teil kleinen gesamtwirtschaftlichen Multiplikatoren in den vorhandenen Studien sollte freilich nicht verkannt werden, dass die analysierten Situationen zumeist keine keynesianischen waren, sondern häufig durch angebotsseitige Probleme dominiert wurden. Die seit Herbst 2008 zu beobachtende Entwicklung ist angesichts des abrupten und anhaltenden Verfalls der weltwirtschaftlichen Nachfrage demgegenüber eindeutig als keynesianische Krise einzuordnen. Mit Blick auf die in Deutschland im internationalen Vergleich starke automatische Stabilisierungswirkung der öffentlichen Haushalte bedarf es im Moment jedoch keiner weiteren diskretionären Konjunkturpolitik, zumal die beschlossenen Maßnahmen mitunter noch der Umsetzung harren.

2.
Angesichts der haushaltspolitischen Beanspruchung wird die Staatsquote bereits im kommenden Jahr auf knapp 50 Prozent ansteigen, womit die Entwicklung der Jahre 2003 bis 2008 mehr als umgekehrt wird. Zugleich ist in den kommenden Jahren mit einem Anstieg der Schuldenstandsquote auf bis zu 80 Prozent zu rechnen. Vor dem Hintergrund der mit diesen Indikatoren sich verbindenden strukturellen Verwerfungen im Staatshaushalt ist die strategische Orientierung für die Finanzpolitik neu zu justieren. Welche Konsolidierungspolitik ist anzuraten? Welche Spielräume verbleiben der Steuerpolitik?

3.
Zunächst zur künftigen Entwicklung der Nettoneuverschuldung in den Haushalten der Gebietskörperschaften. Der Rückblick zeigt die unterschiedlichen Anstrengungen in den vergangenen Jahren (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Finanzierungssalden der Gebietskörperschaften, in Prozent des BIP



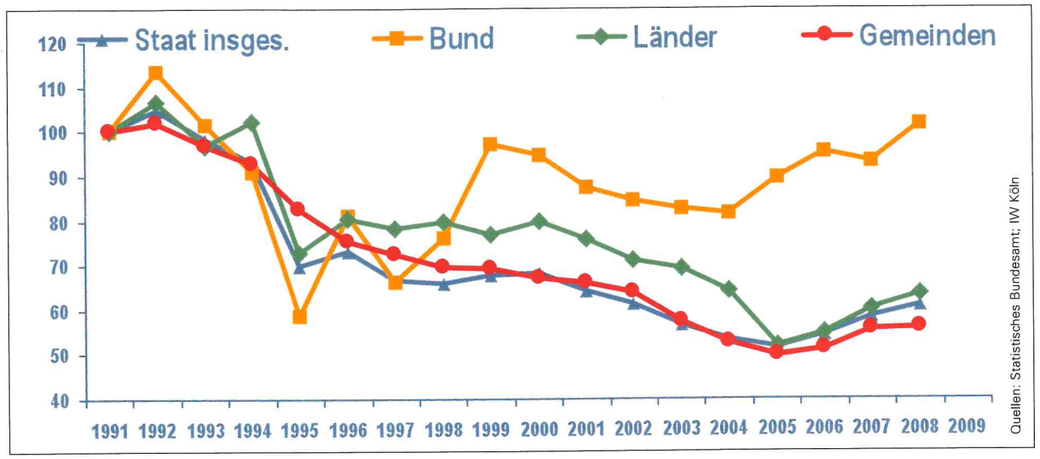


Abb. 2: Investitionen des Staates in Prozent der Ausgaben; 1991 = 100

Insgesamt haben Bund, Länder und Gemeinden das Budgetdefizit in den letzten Jahren stark zurückgeführt. Im Jahr 2008 betrug das Gesamtdefizit des Staates (inklusive der Sozialversicherungen, die insgesamt einen Überschuss in Höhe von 0,3 % des Bruttoinlandsprodukts erzielten) in Relation zur Wirtschaftsleistung nur noch 0,1 %. Daran hatten die Bundesländer in der längeren Perspektive den größten Anteil, denn sie haben etwas früher und energischer mit der Rückführung der Finanzierungsdefizite begonnen als der Bund. Der Bund blieb vor allem in den letzten Jahren hinter seinen Möglichkeiten. So hätte die Konsolidierung erfolgreicher sein können, wenn der Staat die Mittel, die ihm die Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte zum 1. Januar 2007 sowie der überaus starke Konjunkturaufschwung brachten, gespart hätte. Die mittelfristige Steuerschätzung vom Mai 2007 hatte für das Jahr 2008 allein für den Bund ungeplante Steuermehreinnahmen von 20,5 Mrd. Euro prognostiziert. Tatsächlich hatte der Bund im mittelfristigen Finanzplan (2006 bis 2010) für dieses Jahr eine Nettokreditaufnahme von 21,5 Mrd. Euro vorgesehen. Bei Verwendung der ungeplanten Steuermehreinnahmen hätte er folglich die Nettokreditaufnahme fast auf Null bringen können. Insgesamt hätte dies einen Überschuss im öffentlichen Gesamthaushalt ermöglicht.

Dass der Überschuss nicht zustande kam, lag nicht an den öffentlichen Investitionen. Wie Abbildung 2 zeigt, hat der Investitionsanteil an den Ausgaben des Staates seit den neunziger Jahren sogar stark abgenommen, auch wenn sich konjunkturell in jüngster Zeit eine gewisse Belebung gezeigt hat. Vielmehr haben in dieser Zeitspanne einige konsumtive Ausgaben des Staates und die Sozialtransfers überproportional zugenommen und können deshalb als hauptsächliche Erklärung für die fehlenden Budgetüberschüsse gelten. Insbesondere die sozialen Sachleistungen wie die Ausgaben für die Krankenversicherung wurden stark ausgeweitet. Auch die monetären Sozialleistungen expandierten kräftig, wenngleich es hier seit dem Jahr 2000 eine Stabilisierung (auf hohem Niveau) gibt. Die Rückführung der öffentlichen Investitionen in den Krisenjahren nach 2000 dürfte die Wachstumsschwäche der Bundesrepublik verstärkt haben.

4.
Mit der Schuldenbremse, wie sie von der Föderalismuskommission II entwickelt und im Bundestag und ganz aktuell (12. Juni) auch im Bundesrat bereits verabschiedet wurde, wird eine neue Regelungslogik für die Nettoneuverschuldung etabliert. Folgende Eckdaten sind bedeutsam:

- Grundsatz: In normalen konjunkturellen Zeiten müssen Bund und Länder ohne neue Schulden auskommen.
- Ab 2016 darf die strukturelle Neuverschuldung des Bundes maximal 0,35 % des BIP betragen.
- Ab 2020 ist den Bundesländern keine strukturelle Neuverschuldung mehr erlaubt.

- Das Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Berlin und Bremen bekommen in den Jahren 2011 bis 2019 jährlich Konsolidierungshilfen von zusammen 800 Mio. Euro.

- Ein neu zu gründender Stabilitätsrat fungiert als Frühwarnsystem.

- Konjunkturelle Defizite (automatische Stabilisatoren) sind erlaubt, im Aufschwung müssen entsprechende Überschüsse gebildet werden (Kontrollkonto).

- Enger gefasste Ausnahmeregeln für Notsituationen.

- Keine Umgehung der Regeln durch Sondervermögen mit Kreditermächtigung.

Die Schuldenbremse wird einerseits kritisiert, weil sie die öffentlichen Haushalte überfordere, andererseits, weil sie nicht ambitioniert genug sei. Ein Vergleich mit den haushaltspolitischen Entwicklungen der Bundesrepublik in den achtziger Jahren zeigt hingegen, dass die zeitlichen Vorgaben durchaus konsequentes Handeln erfordern. Unterstellt man für das Jahr 2016 neben dem für den Bund zulässigen strukturellen Defizit von 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts ein kumuliertes Defizit der Länder von 0,5 Prozent (dies entspräche der Forderung, bis 2020 die Länderhaushalte völlig auszugleichen), dann bedingt dies eine Rückführung des Gesamtdefizits ab 2010 um jährlich 0,6 Prozentpunkte. Dies ist vergleichbar mit den im längerfristigen Vergleich durchaus ehrgeizigen Konsolidierungsanstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden in den Jahren 1982 bis 1989.

5.
Die geplante Schuldenbremse für Bund und Länder ist ein wichtiger und richtiger Schritt zur Begrenzung der öffentlichen Verschuldung. Allerdings stellt sich die Frage, wie die Gebietskörperschaften dies in den kommenden Jahren erreichen können. In einer statischen Ökonomie stehen dafür im Prinzip Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zur Verfügung.

Steuererhöhungen können wir nicht empfehlen, weil die deutsche Abgabenlast ohnehin zu hoch ist und die privatwirtschaftliche Tätigkeit im Übermaß beeinträchtigt. Wir schlagen im Gegenteil vor, dass der Staat die Steuererhöhung durch die schleichende Progression, die in den letzten Jahren stattgefunden hat und bei unverändertem Steuersystem auch weiterhin stattfinden würde, kompensiert und verhindert. Es kann nicht sein, dass der Staat bei wirtschaftlichem Wachstum und Inflation schleichend einen höheren Anteil des Volkseinkommens für sich in Anspruch nimmt, bloß weil der progressive Steuertarif starr ist und einen immer größeren Teil auch der normalen Einkommensbezieher in die höheren Tarifstufen schiebt.

Die quantitative Dimension dieser heimlichen Steuererhöhungen wird deutlich, wenn man die sog. gesamtwirtschaftlichen Tarifelastizitäten für die Lohn- und Einkommensteuer ermittelt. Die Bundesbank gelangt für den Tarif 2008 zu dem Ergebnis, dass dieser Elastizitätswert 1,9 beträgt, d.h., bei einem Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer um 1 Prozent steigt das Lohnsteueraufkommen und damit die Belastung um 1,9 Prozent. Dieser Wert signalisiert eindrucksvoll, dass in der Bundesrepublik die Steuerbelastung bei nominalem Wirtschaftswachstum nahezu doppelt so stark steigt wie das zu versteuernde Einkommen.

Es ist richtig, dass sich der Effekt in der heutigen Situation der Schrumpfung des Sozialprodukts umkehrt und die Einkommensbezieher temporär wieder in tiefere Steuerklassen rutschen, aber schon im nächsten Aufschwung wird sich dieser Effekt wieder umdrehen. In der Rezession ist die Gelegenheit gekommen, den Steuertarif auf Räder zu stellen und seine Freibeträge, Freigrenzen und Einkommensstufen Jahr um Jahr mit der nominalen Zunahme des Sozialprodukts zu verändern.

Für die öffentlichen Ausgaben empfehlen wir, dass ihr Anstieg in den kommenden Jahren deutlich unter der Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Aktivität (BIP) bleiben soll. Die Reduzierung der Staatsquote kann so im Laufe der Zeit allmählich gelingen, ähnlich wie es in den achtziger Jahren oder auch in der Zeitspanne von 2003 bis 2008 der Fall war.

6.
Damit diese Strategie aufgeht, muss Deutschland wieder schneller wachsen und zwar nicht nur konjunkturell im Sinne einer Verbesserung des Auslastungsgrades, sondern vor allem längerfristig

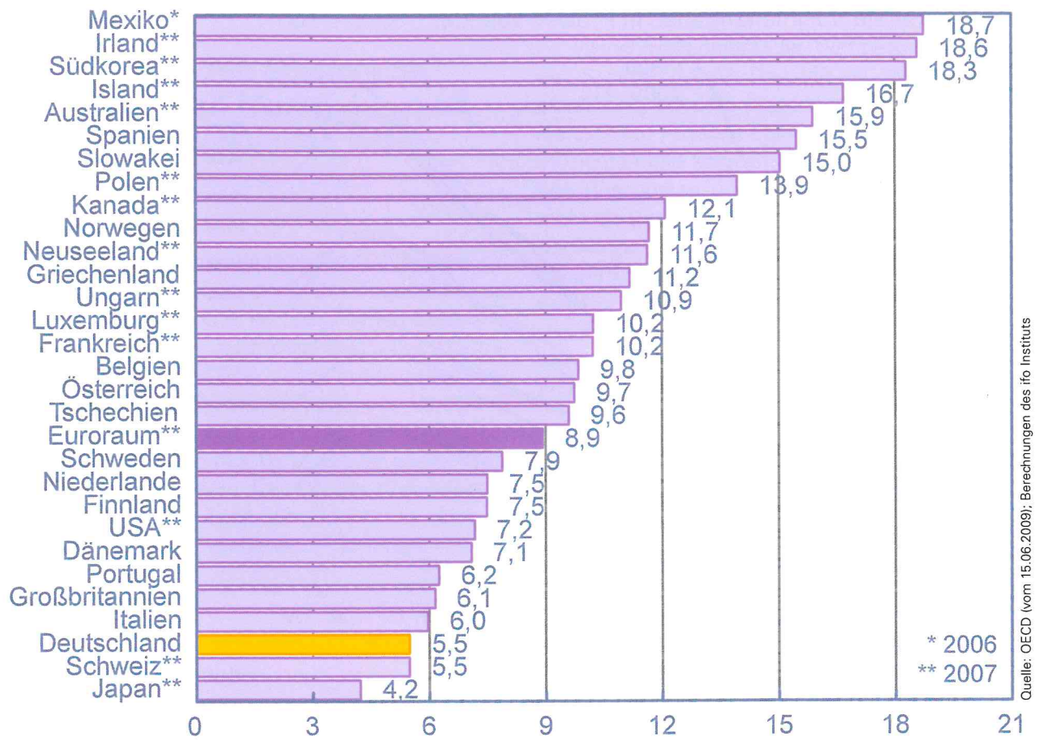
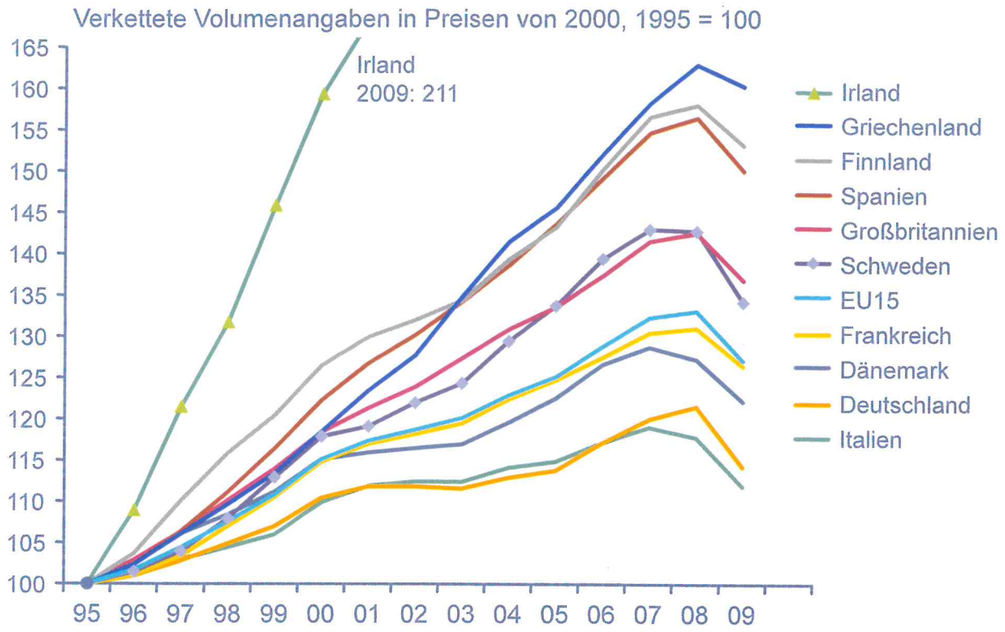


Abb. 3: Nettoinvestitionsquoten im internationalen Vergleich (2008)

durch einen beschleunigten Ausbau der Produktionskapazitäten. Dies jedoch verlangt deutlich höhere Nettoinvestitionen. Investitionen bedeuten eine Ausweitung des Kapitalstocks und sie sind zugleich das Vehikel, durch das sich der technische Fortschritt in einer Wirtschaft realisieren kann.

Deutschland hat hier ein riesiges Defizit, denn seit Jahren hat es eine der niedrigsten Nettoinvestitionsquoten aller Industrieländer. Die Deutschen sparen und stellen von daher die für Investitionen verfügbaren Mittel zur Verfügung, doch exportieren sie diese Ersparnis als Finanzkapital anstatt sie zuhause zur Ausweitung des Kapitalstocks zu verwenden. Abbildung 3 zeigt das Problem. Im Jahr 2008 hatte Deutschland eine Nettoinvestitionsquote von nur 5,5 % und steht damit unter allen Industrieländern an der drittletzten Position. Allerdings ist zu beachten, dass für die Schweiz und Japan Werte für 2008 noch nicht vorliegen, und tatsächlich war die deutsche Quote im Jahr 2007 mit 4,1 % sogar noch niedriger als in diesen beiden Ländern. Schon seit Jahren belegen diese drei Länder in dieser Statistik die hintersten Ränge.
In der niedrigen Nettoinvestitionsquote liegt die Ursache dafür, dass Deutschland trotz des temporären Konjunkturaufschwungs der Jahre 2006 bis 2008 unter allen EU-Ländern das zweitniedrigste wirtschaftliche Wachstum hatte und nur durch Italien vor der Schlusslichtposition gerettet wurde. Abbildung 4 zeigt einen Vergleich der Wachstumspfade einiger wichtiger EU-Länder für die zurückliegenden Jahre inklusive der Prognose der Gemeinschaftsdiagnose für das Jahr 2009.

7.
Der beste Weg, Deutschland nachhaltig auf einen besseren Wachstumspfad zu heben, der die Konsolidierung der Staatsfinanzen ohne Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen ermöglicht, besteht darin, die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung zu stärken und die Ursachen der Standortschwäche des Landes zu beseitigen. Dazu gehören vor allem die folgenden Maßnahmen:



Quellen: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts; Prognose 2009: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009

Abb. 4: Wirtschaftswachstum ausgewählter EU-Länder

- Deregulierung der im Übermaß vermachteten Arbeitsmärkte durch Stärkung der betrieblichen Öffnungsklauseln bei Tarifverträgen

- Freie Vereinbarungen zum Kündigungsschutz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit Bestandsschutz für die bereits bestehenden Verträge

- Fortsetzung der Agenda 2010 durch weitere Stärkung der Lohnzuschusselemente im Hartz-IV-System bei gleichzeitiger Beseitigung gesetzlicher Mindestlohnregeln

- Verbesserte Regulierung des Finanzsystems zur Verhinderung ungesunder Geschäftspraktiken, insbesondere Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis

Eine Marktwirtschaft braucht einen klug gewählten Regulierungsrahmen, der die produktive Entfaltung der privaten Wirtschaftsakteure ermöglicht und unproduktive Maßnahmen, die den Charakter von Verteilungskämpfen haben, unterbindet. Dieser Regulierungsrahmen muss nach Maßgabe geschichtlicher und theoretischer Erkenntnisse laufend nachjustiert werden. Die Fortsetzung der Deregulierung des Arbeitsmarktes gehört genauso zu den Konsequenzen dieser Erkenntnisse wie die stärkere Regulierung des Finanzwesens. Wer ideologiefrei nach praktischen Wegen zur Stärkung der Wachstumskräfte sucht, kann in diesen Positionen keinen Widerspruch erkennen.